Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.02.2024 bis 31.12.2024

Name der Organisation: Universitätsklinikum Augsburg

Anschrift: Stenglinstr. 2, 86156 Augsburg

Inhaltsverzeichnis

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen	2

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Dr. Renate Linné, Stellv. Kaufmännische Direktorin
Markus Franz, Beauftragter für Fairness und Nachhaltigkeit im Einkauf
(Menschenrechtsbeauftragter)
Regine Voit, Sekretärin Stabstelle Medizin und Gesellschaft
Andreas Lingl, Bereichsleitung Beschaffung, Service und Logistik
Andrea Haurin, Abteilungsleiterin Einkauf
Cornelia Grasmann, Stellv. Abteilungsleitung Service und Logistik
Stefan Vogg, Stellv. Abteilungsleitung Einkauf
Oliver Meyer, Einkäufer
Peter Stalitz, Bereichsleitung Technik und Bau
Klaus Schmelzer, Direktor Apotheke
Dr. Manfred Renz, Stellv. Direktor Apotheke
Dr. Steffen Heider, Bereichsleiter Medizinische Informationstechnik

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum kein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, in welchem Zeitraum die regelmäßige Risikoanalyse durchgeführt wurde.

Der Beauftragte für Fairness und Nachhaltigkeit im Einkauf führte im Jahr 2024 in wöchentlichen Intervallen eine Risikoanalyse durch.

Eine entsprechende Dokumentation liegt vor. Es wurden keine menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken festgestellt.

In Vorbereitung auf diese automatisierte Prüfung erfolgten von Beginn an folgende Vorbereitungen:

1. In der Vorstandssitzung vom 12.07.2022 bestimmte der Vorstand zur Erfüllung der Pflichten aus dem LkSG folgende Maßnahmen:

- a. Vorstellung der Grundsatzerklärung für das UKA; siehe Grundsatzerklärung inklusive Lieferantenerklärung zur Einhaltung der Vorgaben des Gesetzes: https://www.ukaugsburg.de/fileadmin/Daten/Service/Rechtsgrundlagen/220712_Grundsatzerklaerung_LkSG_korr_kh.pdf
- b. Integration der Grundsatzerklärung in die Beschaffungsprozesse des UKA (DA Vergabe und Beschaffungsordnung).
- c. Kommunikation der Erklärung an die betroffenen Bereiche und Stabsstellen inklusive Deklaration derselben in den UKA-Medien
- d. Beauftragung des Verantwortlichen für Fairness und Nachhaltigkeit im Einkauf (BFN) für die weiteren Prozessschritte

Risikoanalyse

Das UKA verschaffte sich auch im Jahr 2024 einen Überblick über die eigenen Beschaffungsprozesse, die Struktur der unmittelbaren Zulieferer sowie die wichtigsten Personengruppen, die von der Geschäftstätigkeit des Unternehmens betroffen sind. Den Beschaffungsbereichen wurden automatisiert die ermittelten Risiken zugeordnet, die eine Gefährdung der Menschenrechte darstellen. Diese werden einem Prüfprozess unterzogen. Es wurde eine Priorisierung nach einem definierten Kriterienkatalog vorgenommen.

Über diese Lieferanten wurde der Umsatz der beschaffenden Bereiche am UKA mit über 80 % abgedeckt. Neben dem Monitoring der Lieferanten des Einkaufes wurden mittlerweile auch Lieferanten aus anderen beschaffenden Bereichen angebunden: Apotheke, Medizinische Informationstechnik, Technik und Bau, Bereich Finanzen.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum kein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar die wesentlichen Schritte und Methoden der Risikoanalyse, zum Beispiel a) die genutzten internen und externen Quellen im Rahmen der abstrakten Risikobetrachtung, b) die Methodik der Identifikation, Bewertung und Priorisierung im Rahmen der konkreten Risikobetrachtung, c) ob und inwieweit Informationen zu Risiken und tatsächlichen Pflichtverletzungen, die durch die Bearbeitung von Hinweisen aus dem Beschwerdeverfahren des Unternehmens gewonnen wurden, bei der Risikoanalyse berücksichtigt wurden und d) wie im Rahmen der Risikoanalyse die Interessen der potentiell betroffenen Personen angemessen berücksichtigt werden.

Das UKA stellte im Rahmen der Implementierung der KI Software durch die Firma Osapiens die Durchführung eines permanenten Risikomanagements sicher. Diese Risikoanalyse dient zur regelmäßigen Identifizierung menschenrechtlicher und umweltbezogener Risiken sowie möglicher Verletzungen geschützter Rechtspositionen entlang der gesamten Lieferketten. Im Jahr 2023 wurden in einem Pilotprojekt 252 Lieferanten eingespielt und im Jahr 2024 auf über 500 erweitert. Diese wurden permanent auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben überprüft. Seit diesem Zeitpunkt fand tagesaktuell eine Risikobewertung der Lieferanten statt, die die geforderten Sorgfaltspflichten des LkSG erfüllen. Der Vorstand informiert sich mind. einmal jährlich über die Einhaltung dieser Aufgaben. (Berichterstattung in der Vorstandssitzung durch Fr. Dr. Linné) Für evtl. Verstöße wurde eine Prozessbeschreibung nach DIN ISO 9001 erstellt, welche den Umgang und Abhilfemaßnahmen zwecks Beseitigung derselben beschreibt.

Diese Prozessbeschreibung wurde im Infoboard veröffentlicht und ist allen Risikomanagern zugänglich. Um die Menschenrechtsstrategie in den relevanten Geschäftsabläufen umzusetzen, verabschiedete der Vorstand des UKA eine unternehmensinterne Grundsatzerklärung (siehe Grundsatzerklärung auf der Homepage des UKA). Bei der operativen Umsetzung wurden Vertreterinnen und Vertreter aller maßgeblichen Geschäftsbereiche einbezogen. Die Leitung der Umsetzung übernahm der Beauftragte für Fairness und Nachhaltigkeit im Einkauf, kurz: BFN. Für die unternehmensweite Sensibilisierung fanden Schulungen für die besonders betroffenen Geschäftsbereiche durch den BFN statt. Gegenstand der Schulungen waren der Inhalt der Grundsatzerklärung, der unternehmensinterne Verhaltenskodex, die Funktionsweise der Risikoanalyse, der Umgang mit erkannten Risiken und die Einleitung von Präventions- und Abhilfemaßnahmen über die Kommunikation mit dem BFN. Die Stabsstelle Recht passte die Vertragsunterlagen im Rahmen des Lieferantenmanagements auf die Anforderungen des LkSG an. Der BFN hat ein Frage- und Informationsrecht gegenüber allen maßgeblichen Geschäftsbereichen. Er wird im Falle seiner Abwesenheit durch das Sekretariat der Stabsstelle Medizin und Gesellschaft vertreten.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Für die Durchführung der Risikoanalyse nutzt das UKA unverändert ein Risikomanagement-Tool von der Firma Osapiens. Das System bietet eine ganzheitliche Softwarelösung zur IT-gestützten Umsetzung der Anforderungen des LkSG und ermöglicht so anhaltend ein an den Kriterien des LkSG orientiertes Risiko- und Lieferantenmanagement. Die Software bietet einen detaillierten Überblick über den eigenen Geschäftsbereich, die unmittelbaren Zulieferer und – bei entsprechender Kenntnis – die mittelbaren Zulieferer und bildet deren spezifische menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken angemessen ab. In das System werden sämtliche unmittelbaren Zulieferer und Unternehmen des eigenen Geschäftsbereichs eingepflegt. Anhand anerkannter Indizes und Pressemitteilungen wird für jedes eingepflegte Unternehmen und jede geschützte Rechtsposition ein abstraktes Risiko ermittelt. Je nach abstrakter Risikodisposition der Unternehmen wird in einem zweiten Schritt die konkreten Risiken bei einzelnen Zulieferern ermittelt. Im Laufe des Jahres 2024 wurde die Quote der relevanten Lieferanten auf über 500 erhöht. Mit diesen Lieferanten monitort das UKA somit über 83 % des Umsatzes der beschaffenden Bereiche.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Das konkrete Risiko wird auf Grundlage einer Selbstbewertung, dem Nachweis der Erfüllung von auditbasierten Standards, Erkenntnissen aus der Lieferbeziehung oder Hinweisen aus dem Beschwerdeverfahren berechnet. Auf Grundlage des konkreten Risikos können sodann individuelle Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden. Die Feststellung von Verletzungen ist im Rahmen des Beschwerdeverfahrens möglich. Zudem können auf Grundlage der Auditierungsklauseln risikobasierte Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt werden, die mit Informations- und Betretungsrechten verbunden sind.

A. Verkürzte Berichtspflicht nach §10 Abs. 3 LkSG

A2. Ermittelte Risiken und/oder festgestellte Verletzungen

Es wurde im Berichtszeitraum keine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht festgestellt.

Beschreiben Sie nachvollziehbar, anhand welcher Verfahren Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt werden können.

Mithilfe eines IT-gestütztem Risikomanagement-Tool werden Risiken anhand der folgenden Kriterien priorisiert: Typischerweise zu erwartende Schwere der Verletzung, Unumkehrbarkeit der Verletzung, Eintrittswahrscheinlichkeit der Verletzung, Art des Verursachungsbeitrages unseres Unternehmens, Art der Geschäftstätigkeit des Zulieferers, Umfang der Geschäftstätigkeit des Zulieferers, Einflussvermögen unseres Unternehmens auf den unmittelbaren Verursacher der Verletzung bzw. des Risikos. Als besonders schwerwiegende und unumkehrbare Verletzungen werden insbesondere Verstöße gegen das Verbot der schlimmsten Formen von Kinderarbeit, das Folterverbot und das Verbot von Zwangsarbeit und Sklaverei betrachtet. Entsprechende Risiken werden hochprioritär behandelt. Anschließend werden vor allem Risiken betrachtet, die stets eine große Anzahl von Menschen betreffen, wie z. B. Verstöße gegen Arbeitsschutznormen, Lohndiskriminierung und die Herbeiführung schädlicher Boden-, Luft- und Gewässerverunreinigungen. Im Rahmen der Priorisierung werden Zulieferer aus Hochrisikobranchen stets vorrangig betrachtet. Das Einflussvermögen auf den unmittelbaren Verursacher der potentiellen Verletzung wird insbesondere anhand des Umsatzvolumens mit dem betreffenden Zulieferer bewertet.